

Türkei und Europäische Union - erneut betrachtet

Werner GUMPEL*

Zusammenfassung

Obwohl die Türkei, die im Jahr 1995 eine Zollunion mit der EU eingegangen ist, ihren Willen auf Vollmitgliedschaft immer wieder zum Ausdruck bringt, und eine Reihe von Vorleistungen für diese erbracht hat, lehnen die Regierungen einiger EU-Staaten einen Beitritt des Landes ab. Auch die Mehrheit der Bevölkerung in einigen wichtigen europäischen Staaten, darunter auch in Deutschland, steht einer Aufnahme der Türkei skeptisch gegenüber. In der Türkei selbst weicht die anfängliche Euphorie immer mehr der Skepsis. Der vorliegende Artikel untersucht die Ursachen dieser Entwicklung und die Argumente von Gegnern und Befürwortern eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union und untersucht, ob es für die Türkei wirklich von Schaden wäre, wenn sie außerhalb der Europäischen Union bliebe oder ob ihr dies sogar von Nutzen wäre. Dem wird die aktuelle Europa-Diskussion sowohl in der Türkei als auch in Europa und insbesondere in Deutschland zugrunde gelegt.

Schlüsselwörter: Europäischen Union, Türkei, Vollmitgliedschaft, Europa-Diskussion, Deutschland

Özet

Avrupa Birlięi (AB) ile 1995 yılında Gümrük Birlięine giden Türkiye her ne kadar her fırsatta tam üyelik isteęini dile getirse ve bu uğurda bir takım uygulamaları başlatsa da, bazı AB ülkeleri bu ülkenin birlięe tam üye olarak katılmasını reddetmektedir. Almanya gibi bazı önemli Avrupa devletlerinin halklarının çoęunluęu da Türkiye'nin AB'ye tam üyelięine kuşku ile bakmaktadır. Hatta Türkiye'de bile başlangıçtaki heyecan yerini şimdilerde daha çok şüpheyne bırakmıştır. Bu makale bu gelişmenin nedenlerini ve Türkiye'nin AB'ye üyelięini onaylayanların ve karşı çıkanların gerekçelerini ortaya koyarak Türkiye'nin AB dışında kalmasının gerçekte kendisi için zararlı mı yoksa yararlı mı olduğunu analiz edilecektir. Bu analizin temelinde ise Türkiye ve Avrupa'da özellikle de Almanya'da AB etrafında yapılan tartışmalar yer alacaktır.

Anahtar Kelimeler: Avrupa Birlięi, Türkiye, Tam Üyelik, Avrupa Tartışmaları, Almanya

Eine künftige Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union ist seit Jahrzehnten Gegenstand vieler Diskussionen und Polemiken, sowohl in den Ländern der EU, als auch in der Türkei selbst. Die Einstellung der Bürger dieser Länder hat dabei im Zeitablauf erhebliche Veränderungen erfahren, wobei die Skepsis auf beiden Seiten zugenommen hat. Während die politische Klasse in Westeuropa sich weitgehend einig ist, dass eine Mitgliedschaft der Türkei möglichst lange hinausgezögert, wenn nicht gar vermieden werden soll, und darin, wie noch zu zeigen ist, die überwiegende Meinung der Bevölkerung vertritt, scheint die Meinung in der Türkei gespalten zu sein. Die türkische Regierung besteht nach wie vor auf einer Mitgliedschaft, während die Mehrheit der Bevölkerung laut Meinungsumfragen darin keinen Sinn mehr sieht, im Gegensatz zu den einige Jahr zurückliegenden positiven demoskopischen Ergebnissen. Welches sind die Ursachen dieses Wandels, welches sind die Argumente, die von Befürwortern und Gegnern des Beitritts vorgebracht werden und welches wären die Folgen, wenn die Türkei außerhalb der EU bliebe? Diese Fragen sind Gegenstand der folgenden Erörterungen.

* Prof. Dr. rer. pol., em. Professor der Ludwig-Maximilians-Universität München; Lehrbereichsvertreter und Mitglied des Senats an der Hochschule für Politik, München, Dr. h.c. der Hacettepe Universität Ankara

Die Diskussion in Westeuropa

In der Diskussion, die in der EU geführt wird, sind es vor allem politische Argumente, die gegen einen Beitritt der Türkei ins Feld geführt werden. Im Vordergrund stehen hierbei die sogen. Kopenhagen-Kriterien. Die Gegner einer baldigen Mitgliedschaft vertreten u. a. die Meinung, dass es in der Türkei nach wie vor zu einer Verletzung der Menschenrechte kommt, dass noch immer die kurdische Minderheit diskriminiert wird und dass Journalisten in ihrer Arbeit behindert und sogar verhaftet, und die Rechte der Frauen verletzt werden. Diese Meinung vertritt auch der ehemalige türkische Präsident *Süleyman Demirel* in einem Interview, das er der Zeitung „Hürriyet Daily News & Economic Review“ gegeben hat: „Die Medien und die Rechtsprechung sind in der Türkei nicht mehr frei sondern in einem „Reich der Furcht erstickt. ... In der Türkei werden fundamentale Rechte und Freiheiten verletzt“.¹ Das in Westeuropa gern benutzte Argument, dass die Armee einen zu starken Einfluss auf die Politik ausübt, musste inzwischen weitgehend fallen gelassen werden, doch steht es noch immer im Hintergrund. Auch wird die Meinung vertreten, dass die Türkei nicht zum „europäischen Kulturkreis“ gehört, und dementsprechend in der Europäischen Union einen Fremdkörper darstellen würde. Allerdings wird allgemein anerkannt, dass die Türkei ein zuverlässiger Partner der NATO ist. Auch die geostrategische Bedeutung der Türkei wird durchaus erkannt, allerdings nicht als „Pro“ in Hinblick auf eine Aufnahme des Landes in die Europäische Gemeinschaft. Wenig Erörterung finden dagegen die wirtschaftlichen Implikationen einer EU-Mitgliedschaft, die für beide Seiten von großer Tragweite sein können.²

Generell ist besonders in den „Altmitgliedstaaten“ der EU eine Stimmung festzustellen, die einer Mitgliedschaft der Türkei gegenüber Skepsis und zum Teil sogar offene Ablehnung ausdrückt. Diese reicht von führenden Politikern, wie z. B. der deutschen Bundeskanzlerin *Angela Merkel* und dem französischen Präsidenten *Nikolas Sarkozy*, bis in die untersten Bevölkerungsschichten. Verbunden ist diese Skepsis einer großen Zahl von EU-Bürgern mit einer immer stärker hervortretenden Kritik auch an der Europäischen Union und deren Organen, die teilweise die EU und deren Nutzen für die Menschen in Frage stellt. In der Fachliteratur wird beispielsweise speziell auch in Hinblick auf die Währungsunion, die allgemein als wichtigster Pfeiler der europäischen Einigung bezeichnet wird, offen gefragt, ob ein Mitgliedland heute nicht besser dastünde, wenn es der Union nicht beigetreten wäre. „Wegen der überragenden Bedeutung des Verlusts von Wettbewerbsfähigkeit für ganze Volkswirtschaften muss man zumindest für relativ große Teilnehmerländer wie Frankreich, Spanien oder Italien konstatieren, dass es ihnen heute vermutlich besser ginge.“³ Es ist dies eine Frage, mit der sich auch die Türkei irgendwann auseinandersetzen hat. Dabei ist allerdings zu betonen, dass die Währungsunion, die in der EU zu einer „Umverteilungsgemeinschaft“ vorwiegend auf Kosten Deutschlands geführt hat, den Unwillen über die EU in der Bevölkerung verstärkt hat. Das Institut für Demoskopie in Allensbach, das seit 1982 jährlich nach der Akzeptanz der EU bei der deutschen Bevölkerung fragt, stellte fest, dass die Mehrheit der Befragten, die bis zum Jahr 1988 mehrheitlich für ein weiteres, sogar schnelleres Fortschreiten des Einigungsprozesses votiert hat, inzwischen ihre Meinung geändert hat. Heute treten nur noch 12 Prozent für

¹ Hürriyet Daily News & Economic Review 13. 3. 2011 (www.hurriyetdailynews.com/m=no-free.-or-judiciary...).

² Vgl. Gumpel, Werner: Wirtschaftliche Implikationen eines EU-Beitritts der Türkei. In: Zeitschrift für Politik, 51. Jg., Heft 2, Juni 2004, S. 174 – 187.

³ Flasbeck, Heiner / Spiecker, Friederike: Wie alt kann die Europäische Währungsunion noch werden? In: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 120, Juni 2009, S. 18.

eine schnellere Integration ein, 43 Prozent wünschen eine Verlangsamung. „Nicht so großes oder gar kein Vertrauen“ in die EU äußerten 67 Prozent der Befragten.⁴ Die negative Stimmung in der EU betrifft daher nicht nur den Beitritt der Türkei, sondern richtet sich generell gegen die Auswüchse des europäischen Integrationsprozesses.

Motive der kritischen Haltung gegenüber der EU

Gerade in Hinblick auf einen türkischen Beitritt zur EU ist es wichtig, die Motive zu kennen, die zu der gegenwärtigen kritischen Haltung gegenüber der EU geführt haben. Was die Deutschen betrifft, so ist dies, worauf in dem zitierten Aufsatz in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ hingewiesen wird, der fehlende demokratische Charakter der EU. Alle wichtigen Grundsatzentscheidungen der EU der letzten zwanzig Jahre wurden gegen den Willen der deutschen Bevölkerung, aber auch gegen den Willen der Bevölkerung anderer europäischer Staaten, durchgesetzt. Das betrifft insbesondere die Einführung des Euro, aber auch die Aufnahme der ost- und südosteuropäischen Staaten und, das ist für die Türkei von besonderer Bedeutung, die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Sie alle werden von den Deutschen „mit sehr deutlichen Mehrheiten“ abgelehnt. Eine Zukunft in der Europäischen Union sahen im Januar 2011 nur 41 Prozent der Befragten, nach noch 53 Prozent im April 2010.⁵

Zweifellos wirkt auf die EU-Bürger, und besonders auf die Deutschen, frustrierend, dass praktisch kein Land die im Vertrag von Maastricht formulierten Kriterien in Hinblick auf Verschuldung (Begrenzung des laufenden Staatshaushaltdefizits auf drei Prozent des BIP und der aufgelaufenen Staatsschulden auf 60 Prozent des BIP) und Inflation (maximal 2 Prozent) eingehalten hat. Ebenso enttäuschend ist vor allem für die Deutschen die Ignorierung der „no bailout“-Klausel. Insofern trägt die Griechenland-Krise einen Großteil der Schuld an dem Unbehagen der Menschen an der Wandlung der EU zu einer Umverteilgemeinschaft. Die Bürger der EU werden aber auch Opfer des exzessiven Zentralismus, der in der Gemeinschaft herrscht. Die Zentrale in Brüssel mischt sich in die verschiedensten Bereiche des politischen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens ein, eine Folge der mit der Mitgliedschaft verbundenen Abtretung von Souveränitätsrechten. Das geschieht in den verschiedenen Bereichen des Rechts, bei der Vergabe staatlicher Subventionen und endet noch lange nicht in Hinblick auf die Abschaffung der traditionellen Glühbirnen und der Einführung der umstrittenen Energiesparlampen oder des Bio-Benzins. In einem „Strategie 2020“ betitelten Papier bleibt kaum ein wirtschafts- und finanzpolitisches Feld vom EU-Interventionismus verschont. Insbesondere in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung macht die Kommission Zielvorgaben. Die jeweiligen nationalen Wirtschaftspolitiken sollen zu einer „Angelegenheit von gemeinsamem Interesse“ werden, was der Kommission und dem Europäischen Gerichtshof einen weiteren Machtzuwachs, den Mitgliedstaaten aber einen weiteren Verlust an Autonomie bringen würde.⁶

Die zunehmende Skepsis der Menschen gegenüber der EU wird von der Kommission auf ein „Vermittlungsproblem zwischen der EU und den Bürgern“ zurückgeführt. Dies sei Folge einer fehlenden Informationspolitik. Die Kommission beklagt eine „weit verbreitete Unkenntnis der bisherigen Errungenschaften beim Aufbau

⁴ Petersen, Thomas: Das gemeinsame Interesse an Europa ist in Gefahr; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. 1. 2011.

⁵ Petersen, Thomas, ebenda.

⁶ Höreth, Marcus: Chancen und Gefahren einer EU-Wirtschaftsregierung. In: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 124, Juni 2010, S. 9 und S. 10.

der Gemeinschaft“. Es sei notwendiger denn je, dass das europäische Projekt für sinnvoll gehalten werde.⁷ Die Kommission beklagt das schlechte Image der Union und sucht nach Wegen, dieses zu verbessern. Das Desinteresse der Menschen an der EU zeigt sich auch, worauf *Nissen* hinweist, in der laufend sinkenden Beteiligung an den Europawahlen (Beteiligung 2009 im Durchschnitt der EU nur noch 43 Prozent).⁸

In der jüngsten Finanzkrise zeigte sich besonders stark, dass der „Europäische Gedanke“ bei den verschiedenen Mitgliedstaaten stets dann in den Hintergrund tritt, wenn nationale Belange gewahrt bzw. durchgesetzt werden sollen. Dazu gehört u. a. die französische Forderung nach Abbau der deutschen Leistungsbilanzüberschüsse und nach Lohnerhöhungen in Deutschland, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu senken. Aber auch Interessenverbände und eine Reihe von Berufsgruppen bemühen sich, ihre Interessen in die Gemeinschaftspolitik einfließen zu lassen. Hier ist besonders die Agrarlobby aktiv. Die einzelnen Mitgliedstaaten und ihre Gebietskörperschaften sind aber ebenso wie die Agrarwirtschaft bemüht, an den Zahlungen und Subventionen aus EU-Mitteln möglichst umfangreich beteiligt zu werden.

EU und nationale Interessen

Sehr unterschiedlich und von nationalen Interessen geprägt ist auch die Stellung der EU-Mitglieder in Hinblick auf die Erweiterung der Gemeinschaft. Das betraf sowohl die Mitgliedschaft Griechenlands, das fast die Europäische Währungsunion und damit wohl auch die EU gesprengt hat, als auch die Aufnahme einiger südosteuropäischer Staaten, wie Rumänien, Bulgarien und Ungarn. Jede neue Mitgliedschaft war bisher mit einer Zunahme der von der EU zu transferierenden Fördermittel verbunden. Griechenland dokumentierte seine „europäische Gesinnung“, indem es für seine Zustimmung zur Aufnahme Spaniens von der Gewährung von Kompensationszahlungen abhängig machte.

Weniger in den politischen Gremien (zumindest dort nicht öffentlich), als in der Presse und an den „Stammtischen“, wird in der Bevölkerung der Zuzug türkischer Arbeitskräfte nach Europa, und hier bevorzugt nach Deutschland, diskutiert. Viele Immigranten finden in Deutschland keine Arbeit, lassen aber ihre Familien nachkommen und fallen damit dem deutschen Sozialsystem zur Last. Hier wird sehr offen von einer „Einwanderung in das soziale System der Bundesrepublik“ gesprochen und davon, dass die Türkei ihre Arbeitslosigkeit nach Deutschland exportiert. Ein „zweiter Mechanismus“, so schreibt der Präsident des Münchener Ifo-Instituts, *Hans Werner Sinn*, „ist die indirekte Migration in den Sozialstaat durch Verdrängung der Einheimischen von ihren Arbeitsplätzen“. Das führe zu einer spürbaren Zunahme der Arbeitslosigkeit unter den deutschen Arbeitnehmern, da nicht gleichviel neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten⁹. Es sollte aber auch nicht verkannt werden, dass besonders in den großen Städten die Zahl der Migranten (das sind nicht allein Türken) ein Ausmaß angenommen hat, das der deutschen Bevölkerung das Gefühl einer Überfremdung ihres Landes gibt. Das trifft insbesondere für bestimmte Städte und dort wieder für bestimmte Stadtteile zu, wie Berlin-Neukölln und Berlin-Kreuzberg.

⁷ Nissen, Sylke: Kommunikation in der Krise. Entwicklung und Erfolgsbedingungen der EU-Informationspolitik. In: Zeitschrift für Politik, 57. Jahrgang. NF, Heft 4/ 2010, S. 458/459 und Europäische Kommission: Eine Informations- und Kommunikationsstrategie für die Europäische Union, Brüssel 2002, S. 7-8

⁸ Ebenda, S. 467.

⁹ Sinn, Hans-Werner: Sozialunion, Migration und die europäische Verfassung. In: ifo Schnelldienst, 57. Jg. Nr. 13 vom 16. Juli 2004, S. 15.

Bereits jetzt (Zahlen für 2010) leben laut Statistischem Bundesamt ca. 7 Millionen Ausländer in Deutschland, darunter mehr als 2 Millionen Türken. Die Menschen befürchten bei einer Mitgliedschaft der Türkei eine Verstärkung des Zuzugs aus diesem Land, und damit eine Zunahme der sozialen Spannungen in den Problemstädten. Eine Studie der Türkischen Industriellenvereinigung TÜSİAD besagt, dass Europa langfristig mit ca. 3 Millionen Zuwanderern rechnen muss, wenn den Türken nach einem Beitritt zur EU Freizügigkeit gewährt wird. Laut einer Studie des Staatlichen Statistikamtes der Türkei wollen in den ersten fünfzehn Jahren nach dem EU-Beitritt 2,7 Millionen Türken in eines der Mitgliedsländer auswandern. Die EU-Kommission geht von bis zu vier Millionen Menschen aus, die bis zum Jahr 2030 in die EU emigrieren.¹⁰ Solche Zahlen machen die Menschen in Deutschland und den anderen betroffenen EU-Ländern zutiefst besorgt. Da wirken dann Äußerungen wie die von *Yaser Yaser*, Präsident der Türkischen Familien-, Gesundheit- und Planungs-Stiftung, anlässlich der „International Conference on Population, Migration and Reproductive Health“ im Oktober 2004, fast wie eine Verhöhnung: „Die junge, dynamische und qualifizierte menschliche Resource der Türkei ist die Sozialversicherung Europas.“¹¹ Gerade unter den jungen Türken in Deutschland ist die Arbeitslosigkeit groß.

Langfristig dürfte eine weiterhin positive wirtschaftliche Entwicklung der Türkei mit abnehmender Arbeitslosigkeit zu einem Rückgang des Migrationsdrucks, den es ja auch innerhalb der Türkei von Ost nach West gibt, führen. So wuchs die Zuwanderung in die Stadt Istanbul von bisher jährlich ungefähr 30.000 Menschen auf 102.000 im Jahr 2010.¹² Bis dahin werden aber noch mindestens zwei Jahrzehnte vergehen, zumal hohe Geburtenziffern die Bevölkerung der Türkei weiter schnell ansteigen lassen. So hat sich deren Einwohnerzahl im Zeitraum von 1970 bis 2009 von 36,6 auf 72,6 Millionen verdoppelt.¹³

Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im letzten Jahrzehnt erhöht die Mobilität der Bevölkerung und erleichtert die Migration, ist aber andererseits auch Voraussetzung für eine weitere wirtschaftliche Entwicklung der zurückgebliebenen Regionen. Sie wird dort mit zunehmendem Wirtschaftswachstum langfristig zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit und damit der Migrationsanreize führen. Vorläufig aber ist, wie die angeführten Zitate zeigen, mit einer Abnahme des auf den Ländern der EU und insbesondere auf Deutschland lastenden Migrationsdrucks nicht zu rechnen. Damit bleibt aber auch die Ablehnung einer EU-Mitgliedschaft der Türkei durch weite Kreise der Bevölkerung bestehen. Sie wird verstärkt durch die Errichtung von Moscheen mit ihren Minaretten, die im christlich geprägten Deutschland weithin als Fremdkörper betrachtet werden und durch die Schwierigkeiten, die viele der zugewanderten Türken bei der Integration in ihren neuen Lebensbereich haben. Gerade der letztere Punkt ist es auch, der in Städten mit einem besonders hohen Migrantenanteil zu den bereits erwähnten sozialen Spannungen führt.

¹⁰ Pressespiegel der TÜSİAD-Repräsentanz Berlin, 5. 1. 2004.

¹¹ Yasar, Yaser: Young population of Turkey vs. Aging European population: What lies ahead? In: Turkish Daily News, 1. 12. 2004 (www.turkishdailynews.com/FrTDN/latest/feature.htm).

¹² Zur Binnenwanderung in der Türkei siehe Toepfer, Helmut: Tendenzen der Binnenwanderung in der Türkei. In: Potthoff, Wilfried (Hrsg.): Konfliktregion Südosteuropa. Vergangenheit und Perspektiven. Aus der Südosteuropa-Forschung, Band 8, München 1997, S. 29 ff. und Wedel, Heidi: Urbanisierung durch Binnenmigration in der Türkei und die Folgen für die Metropole Istanbul. In: Zeitschrift für Türkeistudien, 12. Jg., 1/1999, S. 141 sowie Emeksiz, Ipek: Turkey's one migrant destination: Istanbul. In: Hürriyet Daily News & Economic Review, 10. 3. 2011 (www.hurriyetdailynews.com/n.php?n=migration-to-istanbul-in...).

¹³ Berlin Institut für Bevölkerung und Statistik 2010.

Die EU mit ihren Institutionen tut nur wenig, um die kritische Einstellung der Menschen in ihrem Bereich gegenüber den EU-Institutionen und der EU-Politik und gegenüber einer EU-Mitgliedschaft der Türkei durch gezielte Information zu steuern.¹⁴ Provozierende Formulierungen, wie sie Ministerpräsident *Tayyip Erdoğan* bei seinen Besuchen in Deutschland gebraucht hat, bringen eher eine Verschärfung als eine Verbesserung der gegebenen Lage. Das bedeutet, dass die Chancen für einen EU-Beitritt der Türkei nicht besser werden, auch wenn *Tayyip Erdoğan* betont, dass die Türkei an ihrem Beitrittsanspruch festhält. Er verkündet in seiner wenig diplomatischen Art, dass die Türkei auf jeden Fall früher oder später Mitglied der Union werde, und zwar als Vollmitglied. „Falls wir nicht aufgenommen werden sollten, werden nicht wir, sondern die EU-Länder daran verlieren, weil sie sich danach zu einem Christenclub erklären werden.“ *Erdoğan* aber will die EU als eine „Allianz der Zivilisationen“ sehen. Die Türkei, so *Erdoğan*, werde für die EU keine Bürde darstellen, die EU werde durch sie sogar entlastet. Sie würde von der Aufnahme der Türkei nur profitieren.¹⁵ Eine Begründung dieser These erfolgte nicht.

Die EU-Mitgliedschaft aus türkischer Sicht

Die Stellungnahme des türkischen Ministerpräsidenten widerspricht den ausdrücklichen Äußerungen der deutschen Bundeskanzlerin *Angela Merkel* und des französischen Staatspräsidenten *Nikolas Sarkozy*. Beide haben sich wiederholt gegen eine türkische Vollmitgliedschaft ausgesprochen und es ist nicht zu erwarten, dass sie ihre Meinung grundsätzlich ändern werden. Im Januar 2011 hat *Sarkozy* im Rahmen eines Besuchs in Ankara erneut betont, dass es aus seiner Sicht nur eine „Partnerschaft“ mit der Türkei geben könne, dass er aber eine Vollmitgliedschaft des Landes in der Europäischen Union ablehne. Er sieht die Türkei eher als ein Land des Mittleren Ostens als einen Teil Europas.¹⁶ Es scheint aber so, als ob auch die Mehrheit des türkischen Volkes in der Frage des EU-Beitritts nicht hinter ihrem Ministerpräsidenten steht, sondern ihn kritisch, wenn nicht sogar pessimistisch sieht. Lange hatte die Bevölkerung der Türkei die Mitgliedschaft in der EU mit Optimismus und in der Erwartung eines Nutzens für ihr Land und für sich selbst betrachtet. Eine im Januar 2011 vorgelegte Studie der *Deutsch-Türkischen Stiftung für Bildung und wissenschaftliche Forschung* besagt, dass gegenwärtig nur noch 34,8 Prozent der Türken den Beitritt ihres Landes zur EU befürworten. Im Jahr 2005 waren es dagegen noch 74 Prozent gewesen.¹⁷ Die russische Nachrichten-Agentur RIA Novosti zitiert einen ranghohen türkischen Diplomaten mit den Worten: „Die EU müsste erwachen und einen Ausweg finden. Wenn die Verhandlungen nicht mit der Aufnahme der Türkei enden, warum sollte das Land dann sein Recht noch EU-konform gestalten?“ Gegenwärtig, so der zitierte Diplomat, liegen die Verhandlungen faktisch auf Eis.¹⁸ In der

¹⁴ 70 Prozent, nach anderen Zahlen sogar mehr als 90 Prozent der EU-Bürger wollen mehr darüber wissen, was die EU-Institutionen eigentlich für ihre Bürger tun. Vgl. Europäische Kommission, Flash Europabarometer Nr. 189a, zitiert bei Nissen, Sylke: a. a. O., S. 471.

¹⁵ RIA Novosti, 6. 4. 2010 (<http://de.rian.ru/world/20100406/125774756.html>).

¹⁶ Birand, Mehmed Ali: Turkey's EU talks a "tool", not path to membership, Sarkozy says. In: *Hürriyet Daily News & Economic Review*, 24. Februar 2011.

¹⁷ RIA Novosti, 16. 2. 2011 (<http://de.rian.ru/politics/20110216/258354161.html>).

¹⁸ Ebenda.

Tat blockiert Frankreich in den Beitrittsverhandlungen derzeit fünf Kapitel, während Brüssel acht Kapitel blockiert.¹⁹

Die Aufnahme der Gespräche über die Mitgliedschaft im Oktober 2005 haben für die Türkei trotz der negativen Äußerungen einiger europäischer Politiker die Aussicht auf eine Zukunft in der Gemeinschaft eröffnet, auch wenn sie derzeit blockiert erscheinen. Es sollte nicht verkannt werden, dass das Land besonders unter der Regierung von *Tayyip Erdoğan* in Hinblick auf die künftige Mitgliedschaft sehr ernsthaft und schon relativ frühzeitig mit den Vorbereitungen auf diesen Tag begonnen und umfangreiche Reformmaßnahmen durchgeführt hat, die den Forderungen der EU Rechnung tragen, diesen aber, wie an anderer Stelle erwähnt, in wesentlichen Teilen (Minderheiten, Menschenrechte usw.) noch nicht entsprechen. Die Türkei hat ganz ohne Zweifel einen Reformschub erfahren, der das Land moderner und auch europäischer gemacht hat. Dies wird vor allem von weiten Teilen der türkischen Intelligenz begrüßt, denn die Reformen sind mit einer Übernahme europäischer Standards verbunden. Für eine Mitgliedschaft sind die Reformen aus Sicht der Brüsseler Zentrale jedoch noch nicht ausreichend, doch sind sie für den unvoreingenommenen Betrachter unverkennbar. Warum nun aber die neue Skepsis der Mehrheit der türkischen Bevölkerung?

Die Türken haben den nicht unberechtigten Eindruck, dass sie in der Europäischen Union nicht willkommen sind, ein Eindruck, der durch die bisherigen Ausführungen und entsprechende Berichte und Artikel in der europäischen Presse, wie hier bereits dargestellt, bestärkt wird. Meldungen dieser Art entsprechen ja auch der tatsächlichen Lage, und da die europäischen Behörden nichts unternehmen um dem entgegenzuwirken, wird sich daran kaum etwas ändern, zumal ja die bereits erwähnten Probleme in Hinblick auf die Integrationswilligkeit der türkischen Zuwanderer sowohl in Deutschland als auch in anderen europäischen Ländern wirklich bestehen. Es besteht aber seit jeher auch ein eklatantes Defizit bei der türkischen Seite in Hinblick auf die Vermittlung der Fortschritte, die die Türkei in ihrer wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung erzielt hat. Kurz: Die Türkei betreibt faktisch keine auf die Information des Auslands ausgerichtete Informationspolitik, was dazu führt, dass auch im politischen Bereich Europas Missverständnisse an der Tagesordnung sind. Dem Chefredakteur der in englischer Sprache erscheinenden Zeitung „*Hürriyet Daily News & Economic Review*“, David Judson, ist zweifellos zuzustimmen, wenn er anlässlich des *Turkey Respectability Summit* ausgeführt hat: „Das wirkliche Problem der Türkei ist es eher missverstanden als verstanden zu werden.“²⁰ Eine bessere Informationspolitik ist also unerlässlich. Die Fortschrittsberichte der EU-Kommission können diese nicht ersetzen. Die oftmals starken Worte des Ministerpräsidenten verärgern in Europa und in Deutschland mehr, als dass sie nützen. Zu begegnen wäre durch mehr und bessere Information auch dem gewissen Misstrauen, das die zunehmende türkische Aktivität im Nahostraum in Europa erregt, weil sie zwar berechtigten türkischen Interessen, nicht aber unbedingt den Interessen der europäischen Partner und der USA entspricht. Die Schaffung einer Freihandelszone mit Syrien, die Verschlechterung der Beziehungen zu Israel und das türkische Veto gegen die Iran-Sanktionen des Sicherheitsrats der UN, gehören in diesen Bereich. Irritierend für die Europäer und die USA war auch der Besuch des türkischen Präsidenten *Abdullah Gül* bei dem Präsidenten des Iran, *Mahmut Ahmadinejad*, im Februar 2011, der u. a. eine weitere

¹⁹ Özerkan, Fulya: Turkish prime minister's fiery rethoric may burn EU hopes. In: *Hürriyet Daily News & Economic Review*, 1. 3. 2011 (www.hurriyetdailynews.com/n.php?n=govt-escalates-tension-...).

²⁰ Judson, David in: *Hürriyet Daily News & Economic Review*, 25. 2. 2011 (www.hurriyetdailynews.com/n.php?n=experts-discuss-respectability-2011-02.25).

Verbesserung insbesondere der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten bringen wird. Immerhin war *Gül* von einer hundertköpfigen Wirtschaftsdelegation begleitet. Es war dies der erste Besuch eines türkischen Staatspräsidenten im Nachbarstaat nach neun Jahren.

Die Irritationen, die sich aus der türkischen Außenpolitik ergeben, finden in Westeuropa Ausdruck in den Massenmedien und beeinflussen damit die Stimmung in den wichtigsten europäischen Staaten. Wichtiger jedoch ist, dass sie zu Spannungen in Brüssel führen. Für die Türkei ergibt sich daraus aber die Lehre, dass eine Mitgliedschaft in der EU zwar eine Reihe von Vorteilen bringen würde, wobei deren wichtigste mit der Schaffung der Zollunion bereits erzielt worden sind, dass die Türkei aber im gegebenen Fall zwar ein Mitspracherecht bei der Integrationspolitik der EU erhalten, ihre außenpolitische Souveränität jedoch, wie überhaupt den größten Teil ihrer Souveränität, verlieren würde. Eine der Stärken der gegenwärtigen türkischen Situation ist aber, dass sie zwar die Zollunion mit der EU erreicht hat, dass sie aber als Nicht-Vollmitglied weiterhin eine den eigenen Interessen entsprechende Außenpolitik betreiben kann. Der ehemalige türkische Ministerpräsident *Mesut Yılmaz* hat auf das in der Türkei häufig geäußerte Bedenken hingewiesen, dass „die Kontrolle über die türkische Gesellschaft an die Führung der EU übergehen wird.“ Die entsprechenden Kreise meinen, dass die EU-Integration für die Türkei von Nachteil sein werde, die EU werde der Türkei nichts geben.²¹

Mit ihren besonderen Beziehungen zu einigen Nahoststaaten (gedacht ist hier insbesondere an den Iran und an Syrien) steigt der Wert der Türkei für die europäischen Staaten, da sie für sie als Mittler und Vermittler aktiv werden kann. Mit guten Beziehungen zum Iran und dessen Anschluss an die Nabucco-Rohrleitung, kann sie auch einen Beitrag zur Sicherung der europäischen Energieversorgung leisten, wobei sie ohnehin als Transitland für turkmenisches, kasachisches und russisches Erdöl bzw. Erdgas für Europa künftig kaum entbehrlich sein dürfte. Sie kann daher tatsächlich die oft beschworene „Brückenfunktion“ zwischen Ost und West einnehmen.

Es erhebt sich allerdings die Frage, ob die Türkei *aus wirtschaftlicher Sicht* für eine Aufnahme in die Europäische Union gewappnet ist. An anderer Stelle wurde erwähnt, dass sie sichtbare Fortschritte in der wirtschaftlichen Entwicklung erfahren hat. Trotz Weltwährungskrise hat sie in letzter Zeit zufrieden stellende Wachstumsraten aufgewiesen. Dennoch ist sie nach wie vor im Vergleich zu den europäischen Industriestaaten ein wirtschaftlich unterentwickeltes Land. Das betrifft insbesondere dessen ostanatolische Regionen. Setzt man den Durchschnitt des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf der 27 EU-Staaten nach Kaufkraftstandards gleich 100, so erreicht die Türkei einen Wert von 46.²² Neben dem nach wie vor existenten sozialen Dualismus ist das Land nach wie vor durch einen starken regionalen Dualismus charakterisiert. Den wirtschaftlichen Kernbereichen des Landes um Istanbul, Izmir und Ankara stehen Provinzen wie Hakkari, Bingöl, Bitlis, Diyarbakır, Kars und Muş gegenüber.²³ Diese regionalen Disparitäten beeinflussen die an anderer Stelle zitierten Migrationsströme nach Europa und in die Westregionen der Türkei, wo die Ballungsgebiete von Jahr zu Jahr wachsen, mit den entsprechenden Auswirkungen auf die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur. Um das Problem des Bevölkerungswachstums, der Migration und der Arbeitslosigkeit sowie der „unregistrierten Wirtschaft“ zu lösen, müssten, so *Ömer Sabancı* im Jahr 2006 anlässlich eines Kongresses

²¹ Yılmaz, Mesut: Der Eintritt der Türkei in die EU aus türkischer Sicht. In: Zeitschrift für Politik. 51. Jg., Heft 2/2004, S. 194.

²² Eurostat-Pressemitteilung 91/2010 vom 21. Juni 2010.

²³ Turkish Daily News Online, 11. Februar 2002.

der *Turkish Industrialists and Businessmen's Association*, deren Präsident er ist, innerhalb von zehn Jahren sechs Millionen Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen werden, davon 1,5 Millionen in der Industrie und 4,5 Millionen im Dienstleistungssektor.²⁴ Auch bei einem anhaltenden Wirtschaftswachstum und einem weiteren Zufluss ausländischen Kapitals ist kaum zu erwarten, dass dies geschehen kann. In Anbetracht des Platzes der Türkei im internationalen Ranking der Kreditwürdigkeit, wird der Kapitalzufluss jedoch zunächst beschränkt bleiben. „Turkey is still as risky to investors as two North African countries, Egypt and Libya, recently rocked by turmoil“, zitiert die „Hürriyet Daily News & Economic Review“ die französische Kreditversicherungsgesellschaft *Euler Hermes Group* am 3. März 2011.²⁵

Folgerungen

In Hinblick auf den angestrebten EU-Beitritt stellt sich daher die Frage, ob die Türkei den Anschluss an Europa aus eigener Kraft lösen können wird, und ob die EU, die durch den Beitritt der ost- und südosteuropäischen Staaten und die Finanzkrise in verschiedenen Mitgliedstaaten bereits jetzt überfordert ist, über ausreichende Ressourcen verfügt, um dem Land bei der Lösung seiner Probleme wirksam helfen zu können. Ein EU-Beitritt der Türkei wird die EU vor sehr große Probleme stellen.²⁶ Das Osteuropa-Institut München beziffert die jährlichen Kosten, mit denen der EU-Haushalt durch einen Beitritt der Türkei bei voller politischer Integration jährlich belastet würde, mit ca. 21 Mrd. Euro (bezogen auf das Jahr 2014). Die erforderlichen deutschen Zahlungen werden mit 2,5 Mrd. Euro beziffert. Die EU-Budget-Kommission kommt mit ihrer Schätzung für das Jahr 2025, die auf einer Fortführung der bisherigen Subventionspolitik aufbaut, sogar auf einen Betrag von 27,6 Mrd. Euro. Die Studie folgert: „It is unlikely that EU member states would be willing to pay such large sums“.²⁷ Es ist daher nicht zuletzt die zu erwartende hohe finanzielle Belastung, die ein EU-Mitglied Türkei mit sich bringen würde, wegen der insbesondere die Nettozahler im EU-Verbund dem Beitritt des Landes kritisch gegenüberstehen. Die bisherigen Empfängerländer dagegen befürchten, dass sie künftig geringere Subventionen zu erwarten hätten.

Nicht zu unrecht erwarten sich jene Menschen in der Türkei, die eine Mitgliedschaft in der EU positiv sehen, von dieser eine Verbesserung ihrer eigenen wirtschaftlichen Situation und der wirtschaftlichen Lage des Landes. Nach den Vorteilen der EU befragt, antworteten 41 Prozent, dass eine Mitgliedschaft die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigen werde. Auch eine weitere Demokratisierung und die Einführung europäischer Normen und Standards wurden genannt, diese aber nur mit 17,6 bzw. 17,4 Prozent.²⁸ Besonders in der Landwirtschaft sind die Hoffnungen auf eine Erhöhung des Lebensstandards gerichtet. Auf dem Land sieht man in der EU-Mitgliedschaft „eine Straße zum Reichtum“. Das bedeutet, dass hier keine politischen, sondern weitgehend wirtschaftliche Erwägungen das Bild einer EU-Mitgliedschaft

²⁴ The New Anatolian, 29. 4. 2006 (www.thenewanatolian.com/tna-5745.html).

²⁵ Hurriyet Daily News & Economic Review, 3. 3. 2011

(www.hurriyetdailynews.com/n.php?n=turkey8217s-rating-dil...).

²⁶ Gumpel, Werner: Wirtschaftliche Implikationen eines EU-Beitritts der Türkei., a. a. O. S. 187.

²⁷ Quaisser, Wolfgang /Wood, Steve: EU-Member Turkey? Preconditions, Consequences and Integration Alternatives. Forschungsverbund Ost- Südosteuropa, Arbeitspapiere, Nr. 25, October 2004, S.12 sowie S. 46-47.

²⁸ Kadir Has Üniversitesi: Türkiye Sosyal-Siyasal Egilimler Arastirmasi Kantitatif Arastirma Özeti, 11. Januar 2011.

bestimmen. Doch sollte auch gesehen werden, dass „eine starke Mehrheit“ in einer EU-Mitgliedschaft eine Herausforderung für die konservativen islamischen Werte und Sitten sieht, die nach wie vor tief im Volk verankert sind. Schließlich ist die Türkei ein islamischer Staat.²⁹ Im Rahmen einer Umfrage der Universität Ankara antworteten auf die Frage „Welches ist das größte Problem in den Türkei-EU-Beziehungen“ 32,4 Prozent von 334 Befragten „Unterschiede in Religion und Kultur/Identität“.³⁰ Gerade diese letzteren Feststellungen bestärken weite Kreise in Europa in ihrer Meinung, dass, eine Mitgliedschaft der Türkei, abgesehen von der finanziellen Belastung der Staatshaushalte und damit der Bevölkerung, die ohnehin bestehende Heterogenität der Union verstärken würde und zu politischen und sozialen Spannungen führen könnte. Ganz generell wird gefragt, ob denn die Türkei überhaupt ein europäisches Land ist und ob die EU mit der Osterweiterung nicht bereits an die Grenzen ihrer Möglichkeiten und insbesondere an die Grenze der Belastbarkeit ihrer Bevölkerung gestoßen ist. Der ehemalige bayerische Europa-Minister *Reinhold Bocklet* drückt dies so aus: „Während die Zugehörigkeit zu Europa bei den Ländern der ersten und der zweiten Osterweiterung nicht in Frage gestellt wird, wird die Türkei ganz überwiegend nicht in das europäische Wir-Gefühl mit einbezogen. Obzwar die Türkei schon frühzeitig Mitglied des Europarats wurde, ist sie nicht nur geographisch ein Grenzfall geblieben. Danach erscheint es ratsam, dass die EU nach der Osterweiterung zunächst ihre Integrationskraft sichert und stärkt, um danach aus einer gefestigten Position heraus über weitere Beitritte (Türkei, Ukraine, Balkan) entscheiden zu können.“³¹

Die Aussichten für die Türkei sind daher zumindest mittelfristig nicht optimistisch zu sehen. Sie wird weitere Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte vor der Tür der EU stehen. Doch ist dies für sie nicht allein negativ zu sehen. Sie kann, wie an anderer Stelle hervorgehoben, diese Situation nutzen, um ihre ökonomische Kraft zu stärken und ihre geopolitische Stellung zwischen Europa, dem Nahen Osten und Zentralasien, nicht zu vergessen auch zu Russland, auszubauen, um bei künftigen Verhandlungen mit der Europäischen Union, gleichgültig ob es sich dabei um eine Mitgliedschaft oder um politische und ökonomische Themen handelt, gestärkt und mit Selbstbewusstsein zu agieren. Das kann für sie politisch und wirtschaftlich ertragreicher sein als eine Mitgliedschaft in einer Union, die immer wieder Krisen durchlebt und auch von nationalen Antagonismen geprägt ist. Die Probleme vor denen sie steht, sind nur langfristig zu lösen. „In the long run“ werden sich aber nicht nur in der Türkei, sondern auch in der Europäischen Union, neue Entwicklungen vollziehen, die die Fragen einer Mitgliedschaft der Türkei in der Gemeinschaft in einem anderem Licht erscheinen lassen. Entscheidend ist, dass die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit weiter ausgebaut wird, unabhängig davon, ob die Türkei Vollmitglied wird, oder ob ihr der Status einer „privilegierten Partnerschaft“ eingeräumt wird. Das hat über die geographischen Grenzen der Europäischen Union und der Türkei hinaus eine für die ganze Welt bedeutsame friedenssichernde Funktion.

²⁹ Meixner, Louis: In Turkey's heartland, support for EU is high, but it's almost all about getting rich. In: Turkish Daily News Online 13. 12. 2004 (www.turkishdailynews.com/FrTDN/latest/feature.htm).

³⁰ Ankara Üniversitesi Avrupa Toplulukları Araştırma ve Uygulama Merkezi (ATAUM): Kamuoyu ve türk dış politikası anketi, 18. Januar 2010. – An zweiter Stelle wird das Zypern-Problem, an dritter Stelle werden die Wirtschaftsprobleme, und an vierter Stelle Demokratie und Menschenrechte genannt.

³¹ Bocklet, Reinhold: Die Europäische Union und die Türkei. In: Zeitschrift für Politik, 51. Jg., Heft 2, Juni 2004, S. 172.

Literatur

- Ankara Üniversitesi Avrupa Toplulukları Araştırma ve Uygulama Merkezi (ATAUM): Kamuoyu ve Türk Dış Politikası Anketi, 18. Januar 2010.
- Berlin Institut für Bevölkerung und Statistik 2010.
- Birand, Mehmed Ali: Turkey's EU talks a "tool", not path to membership, Sarkozy says. In: Hürriyet Daily News & Economic Review, 24. Februar 2011.
- Bocklet, Reinhold: Die Europäische Union und die Türkei. In: Zeitschrift für Politik, 51. Jg., Heft 2, Juni 2004.
- Emeksiz, Ipek: Turkey's one migrant destination: Istanbul. In: Hürriyet Daily News & Economic Review, 10. 3. 2011 (www.hurriyetdailynews.com/n.php?n=migration-to-istanbul-in...).
- Europäische Kommission: Eine Informations- und Kommunikationsstrategie für die Europäische Union, Brüssel 2002.
- Eurostat-Pressemitteilung 91/2010 vom 21. Juni 2010.
- Flasbeck, Heiner / Spiecker, Friederike: Wie alt kann die Europäische Währungsunion noch werden? In: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 120, Juni 2009.
- Gumpel, Werner: Wirtschaftliche Implikationen eines EU-Beitritts der Türkei. In: Zeitschrift für Politik, 51. Jg., Heft 2, Juni 2004.
- Höreth, Marcus: Chancen und Gefahren einer EU-Wirtschaftsregierung. In: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 124, Juni 2010.
- Hürriyet Daily News & Economic Review 13. 3. 2011 (www.hurriyetdailynews.com/m=no-free.-or-judiciary...).
- Hürriyet Daily News & Economic Review, 3. 3. 2011 (www.hurriyetdailynews.com/n.php?n=turkey8217s-rating-dil...).
- Judson, David in: Hürriyet Daily News & Economic Review, 25. 2. 2011 (www.hurriyetdailynews.com/n.php?n=experts-discuss.respectability-2011-02.25).
- Kadir Has Üniversitesi: Türkiye Sosyal-Siyasal Eğilimler Arastirmasi Kantitatif Arastirma Özeti, 11. Januar 2011.
- Meixner, Louis: In Turkey's heartland, support for EU is high, but it's almost all about getting rich. In: Turkish Daily News Online 13. 12. 2004 (www.turkishdailynews.com/FrTDN/latest/feature.htm).
- Nissen, Sylke: Kommunikation in der Krise. Entwicklung und Erfolgsbedingungen der EU-Informationspolitik. In: Zeitschrift für Politik, 57. Jahrgang. NF, Heft 4/ 2010.
- Özerkan, Fulya: Turkish prime minister's fiery rethoric may burn EU hopes. In: Hürriyet Daily News & Economic Review, 1. 3. 2011 (www.hurriyetdailynews.com/n.php?n=govt-escalates-tension-...).
- Petersen, Thomas: Das gemeinsame Interesse an Europa ist in Gefahr; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. 1. 2011.
- Pressespiegel der TÜSİAD-Repräsentanz Berlin, 5. 1. 2004.
- Quaisser, Wolfgang /Wood, Steve: EU-Member Turkey? Preconditions, Consequences and Integration Alternatives. Forschungsverbund Ost- Südosteuropa, Arbeitspapiere, Nr. 25, October 2004.
- RIA Novosti, 16. 2. 2011 (<http://de.rian.ru/politics/20110216/258354161.html>).
- RIA Novosti, 6. 4. 2010 (<http://de.rian.ru/world/20100406/125774756.html>).
- Sinn, Hans-Werner: Sozialunion, Migration und die europäische Verfassung. In: ifo Schnelldienst, 57. Jg. Nr. 13 vom 16. Juli 2004.
- The New Anatolian, 29. 4. 2006 (www.thenewanatolian.com/tna-5745.html).

Toepfer, Helmut: Tendenzen der Binnenwanderung in der Türkei. In: Potthoff, Wilfried (Hrsg.): Konfliktregion Südosteuropa. Vergangenheit und Perspektiven. Aus der Südosteuropa-Forschung, Band 8, München 1997.

Turkish Daily News Online, 11. Februar 2002.

Wedel, Heidi: Urbanisierung durch Binnenmigration in der Türkei und die Folgen für die Metropole Istanbul. In: Zeitschrift für Türkeistudien, 12. Jg., 1/1999.

Yasar, Yaser: Young population of Turkey vs. Aging European population: What lies ahead? In: Turkish Daily News, 1. 12. 2004 (www.turkishdailynews.com/FrTDN/latest/feature.htm).

Yılmaz, Mesut: Der Eintritt der Türkei in die EU aus türkischer Sicht. In: Zeitschrift für Politik. 51. Jg., Heft 2/2004.